

Wörter-Zeitung

Verträgt die
Wahlrechts-
Marken
der
Kommunistischen Partei

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Abonnement: Breslau 10, Kreuzb. Str. 50, Tel. 580 38.
Belegstellen: Breslau 54, Kaballoni, Kreuzb. Str. 50, Tel. 230 02. Sprengel, der Redaktion, von 12-12, Montag bis Freitag, von 17-18 Uhr. Filialabonnenten:
Wieliczka, Breslau-98, Tel. 4085; Döbeln, Koblitzstr. 11, Tel. 1844;
Wieliczka, Sankt 6, Telefon 2384. Geschäftszeit von 8-18 Uhr. Geschäfts-
stand am Hauptverlagsort Breslau. — Verleger: Adolf, Verlagsgesellschaft
m. B., Breslau. — Druck: „Neubau“-Verlag, Fil. Breslau, Kreuzb. Str. 50

Zündholzmonopol perfekt!

Sozialdemokrat Hilsberding verteuert die Streichhölzer — Millionen für den Schwedentrust Protest der Handelsvertretung der UdSSR. gegen die Boykottpolitik

Stockholm, 21. Oktober.
Die Direktion des schwedischen Zündholztrusts gibt folgende offizielle Mitteilung heraus:
„Ein endgültiger Vertrag ist am Sonnabend abgeschlossen worden zwischen der deutschen Reichsregierung und der Schwedischen Zündholzgesellschaft sowie der Firma R. W. Finanzielle Maatschappij Kreuger und Toll, wodurch das Monopolrecht für Deutschland für Verkauf, Ausfuhr und Einfuhr von Streichhölzern der Deutschen Verkaufs-G. überlassen wird, die voraussichtlich später infolge der Transaktion ihren Namen ändern wird. Die Zeit für die Ueber-

lassung des Monopols ist festgestellt worden auf wenigstens 32 Jahre und höchstens 50 Jahre, abhängig von dem Zeitpunkt für die Rückzahlung des in Verbindung mit der Transaktion der deutschen Regierung gewährten Darlehens. Während der Vertragszeit dürfen keine neuen Zündholzfabriken angelegt werden.
Die Hälfte der Aktien in der Monopolgesellschaft sollen direkt oder indirekt von der Schwedischen Zündholzgesellschaft und der International Match Corporation und die andere Hälfte der Aktien von den deutschen Fabriken und der Reichskredit-G. übernommen werden. Die Erzeugungs-

quoten für die Zündholzfabriken sind so festgelegt worden, daß die zu der Schwedischen Zündholzgesellschaft gehörigen Fabriken 35 v. H. der Zündholzherzeugung erhalten. Hinsichtlich der Preisfestsetzung für Zündhölzer soll der Einzelverkaufspreis von 25 auf 30 Pfennig je Paket von zehn Schachteln erhöht werden; besonders ausführliche Bestimmungen für die Preisfestsetzung sind in den Vertrag aufgenommen. Den Aktienbesitzern der Monopolgesellschaft wird zugesichert eine feste Dividende auf ihre Aktien in Höhe von 9 Prozent (!). Die Regierung soll 13 Reichsmark je Riste von 10 000 Schachteln erhalten. Der Gewinn soll in gleichen Teilen zwischen dem deutschen Staat und den schwedischen Interessenten verteilt werden.

Solidarisiert Euch mit den Rohrlegern!

Arbeiter, Genossen!

Es vergeht fast kein Tag, ohne daß Sozialfaschisten einen gemeinen Schandstreich begehen. Je mehr sich die Klassengegensätze zuspitzen, je stärker die Bedrohung des kapitalistischen Systems durch den wachsenden Kampfwillen des Proletariats wird, desto rücksichtsloser führen die Sozialfaschisten ihren Kampf gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft. Die

revolutionärer Kampfleitungen Streiks durchführt. — Auf dem
Reichskongreß der revolutionären Gewerkschafts-Opposition
am 30. November und 1. Dezember werden Vertreter aus allen Teilen Deutschlands zusammentreten, um die nächsten Aufgaben zur Einleitung und Durchführung von Wirtschaftskämpfen zu beschließen. Nehmt in den Betrieben und Gewerkschaften Stellung zu diesem Kongreß.
Wählt Delegierte!

In Verbindung mit dem jetzt abgeschlossenen Vertrag soll die R. W. Finanzielle Maatschappij Kreuger und Toll dem deutschen Staat ein Darlehen von 125 Millionen Dollar auf eine Zeit von 50 Jahren geben zu einem Zinsfuß von 6 v. H. und zu 93 v. H. Ausgabekurs, sowie mit einem Konvertierungsrecht für den deutschen Staat zu par nach zehn Jahren. Das Darlehen soll in zwei Teile geteilt werden, der eine zu 50 Millionen Dollar sieben Monate nach dem Inkrafttreten des Vertrages und der Rest von 75 Millionen Dollar nach weiteren neun Monaten. Der Vertrag soll vom Reichstag ratifiziert werden und ist abhängig von der Annahme des Young-Planes.

Die Verhaltung der Streikleitung der Berliner Rohrleger

ist ein Glied in der Kette des Klassenverrats der Sozialdemokraten. Der ehemals königliche Polizeipräsident Jagow ließ in der Vorkriegszeit auch durch seine Polizei die Streikbrecher schützen. Der Sozialfaschist Zörgiebel ist ein noch besserer Diener des Unternehmertums. Er schützt nicht nur Streikbrecher, sondern läßt die Streikleitung verhaften. Der nächste Schritt ist vielleicht das Verbot von Streikversammlungen. Bei diesem Terror gegen streikende Arbeiter werden die sozialfaschistischen Staatsfunktionäre durch die Gewerkschaftsbürokratie unterstützt. Diese Bürokratie organisiert Streikbrecherkolonnen. Sie kämpft aktiv gegen die kampfbereite Arbeiterschaft.
Der Streik der Rohrleger in Berlin wird von der SPD., der Gewerkschaftsbürokratie, besonders wütend bekämpft, weil es sich hier um einen Durchbruchkampf handelt. Die Berliner Rohrleger führen einen Offensivkampf gegen das Unternehmertum. Der Wille dieser Arbeiter, im Angriff gegen das Unternehmertum bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, soll gebrochen werden.

Bezirksleitung Schlesien der KPD.

Die schlesischen Arbeiter für die Rohrleger

Breslau, 22. Oktober.
In Görlitz, Leschitz, Rauscha, Nieder-Salzburg, Weißstein nahmen Betriebstätige und Erwerbslose in den von der KPD. einberufenen Versammlungen zu dem sozialfaschistischen Schandstreich Stellung. Die Mitteilung von der Verhaftung der Rohrlagerstreikleitung in Berlin wurde von den Versammelten mit Sturmischer Entrüstung und dem Gelächris, die Solidaritätsaktion für die streikenden Rohrleger zu verstärken, aufgenommen. Eine Betriebskonferenz in Königszeit, die am Sonntag stattfand, und eine Versammlung der Arbeiter der hiesigen Betriebe in Breslau, die gestern abend tagte, nahm gleichfalls eine Protestentschließung gegen die sozialfaschistischen Schandtaten an.

Als Ende September die ersten Mitteilungen über Hilsberdings skandalöse Zündholzmonopolpläne bekannt wurden, war der ehrenhafte sozialdemokratische Reichsfinanzminister außerordentlich empört und tobte über die „direkte Schädigung der Landesinteressen“. Nunmehr sind die Schandpläne perfekt geworden. Hilsberding verschafft die wichtigsten Gegenstände des täglichen Massenbedarfs im Interesse der deutschen Großbourgeoisie an das internationale Kapital, und gibt die Arbeitskraft vieler Tausender deutscher Proletarier der Ausbeutung des Schwedentrusts preis. Zugleich bedeutet die Verjüngung der Anteihe eine höhere Belastung sämtlicher Zündholzkonumenten, d. h. der gesamten werktätigen Bevölkerung.

Das darf nicht sein!

Die Pflicht aller klassenbewußten und revolutionären Arbeiter ist, die streikenden Rohrleger in ihrem schweren Kampf zu unterstützen. In allen Versammlungen nehmt Stellung, protestiert gegen den sozialfaschistischen Terror, fordert die sofortige Freilassung der verhafteten Streikleitung, beschließt die finanzielle Unterstützung durch Ueberweisung größerer Geldbeträge aus den Lokalkassen eurer Organisationen.

Die Arbeiterschaft aller Betriebe und aller Orte Schlesiens und Oberschlesiens muß die Protestkampagne gegen die Verhaftung der Rohrlagerstreikleitung und die Solidaritätsaktion für die Streikenden mit allen Kräften verstärken. Der Kampf der Rohrleger ist der Kampf der gesamten ringenden Arbeiterschaft!

Selbstmord bei der Breslauer Polizei

Breslau, 22. Oktober. Oberinspektor Albrecht hat sich gestern abend in der zehnten Stunde in seiner Wohnung, Garzstraße, erschossen. Er ist 38 Jahre alt, unverheiratet, und war Mitglied der SPD. Er fand kurz vor der Beförderung zum Kriminalrat. Der Grund soll folgender sein. Gegen Albrecht war ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Er hatte am Sonnabend, nachts, auf der Neuen Gasse einen Zusammenstoß mit Schupobeamten. Albrecht hatte sich nach Auflösung des Stahlhelmzugs nach einem Lokal in der Neuen Gasse begeben, wo sich auch verschiedene Stahlhelmer befanden. Es kam dort zu Schlägereien zwischen den Stahlhelmen. Albrecht rief den Streifenwagen der Schupo herbei. Albrecht, der sich ebenfalls in angetrunkenem Zustande befunden haben soll, wurde von den Polizeibeamten mit auf die Wache genommen. Aus diesem Grunde wurde gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Abgesehen von dieser Teuerungsoffensive hat der Monopolplan weitergehende internationale Bedeutung. Schon seit Monaten verhandelt der Schwedentrust mit der Reichsregierung über Maßnahmen zur Unterbindung der billigen russischen Zündholzeinfuhr, die gegenwärtig rund ein Drittel des deutschen Bedarfs deckt. Den deutschen Arbeitern sollen also die billigen russischen Zündhölzer genommen, gleichzeitig damit aber auch ein Schlag gegen den Außenhandel der Sowjetunion im Interesse des internationalen Finanzkapitals geführt werden.

Die Sowjetunion hat, wie hervorgeht aus der Erklärung der deutschen Handelsvertretung, die wir veröffentlichen, gegen diesen die Ausfuhr Sowjetrußlands beschränkenden feindseligen Akt energischen Protest eingelegt.

Das Zündholzmonopol ist jedoch nur der Anfang. Die Schwerindustriellen blättern bereits vor einigen Wochen, daß Hilsberding neben dem Zündholzmonopol ein Tabakmonopol und ein Bierhandelsmonopol als die Kernstücke seiner Finanzreform plant. Das „Berliner Tageblatt“ berechnete, daß bei dem Biermonopol jedes Glas Bier selbst bei Konjunkturrückgang eine Verteuerung von 5 Pfg. pro Glas bedeuten würde. So sieht Hilsberdings Finanzreform aus. Senkung der Besitzsteuern, Ausplünderung der werktätigen Bevölkerung durch Monopole, Zuschanzung von Riesengewinnen an das internationale Trustkapital. Ausnahmeesetze gegen die Arbeiterschaft, Erdrosselung der Presse, Versammlungsfreiheit durch Verbannungsgebot und Reichsvereinsgesetz. Auslöschung der Gewerkschaften an das Hungereleud durch die Annahme des Hungergesetzes, Abwürgung der Streiks durch die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie im Bunde mit Unternehmern und Polizeigarden. Ausplünderung der Werktätigen durch wucherische Monopole, verbrecherische Boykott- und Kriegspolitik gegen die Sowjetunion — das ist der Kurs der Müller-Hilsberding-Regierung. Die Proletarier, die in diesen Tagen zum Protest gegen die Verhaftung der Berliner Rohrleger aufmarschieren, werden den Kampf gegen die gesamte verbrecherische Politik der Müller-Hilsberding-Regierung aufnehmen.

In den Betrieben, Gewerkschaften, in Massenversammlungen muß der Müller-Hilsberding-Regierung hunderttausendfach die Lösung entgegengehalten:

Unterstützt die Sammelaktion der IAN für die streikenden Rohrleger!

Zieht eine Lehre aus den letzten Kämpfen: Hinweg mit allen sozialfaschistischen Elementen, die in Betrieb und Gewerkschaft Funktionen haben. Schafft einen revolutionären Vertrauensmännerkörper in jedem Betrieb. Organisiert den Kampf um eure eigenen Forderungen. Folgt dem Beispiel der Rohrleger in Berlin! Leitet Wirtschaftskämpfe unter Führung revolutionärer Kampfleitungen ein. Der Kampf um eure eigenen Forderungen ist auch gleichzeitig die beste Unterstützung für die streikenden Rohrleger in Berlin.

Der Kampf gegen die Unternehmerröffensive, um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen kann nur erfolgreich geführt werden, wenn die Arbeiterschaft die Sozialfaschisten zum Teufel jagt und unter Führung

Wir kommen auf die Angelegenheit zurück, wenn sie weiter geklärt sein wird.

Nieder mit der Regierung des Hungers und des Krieges!
Nieder mit dem Sozialfaschismus!

Die Streifleitung der Rohrleger vor dem Untersuchungsrichter

Verstärkt die Solidaritätsaktion — Erzwingt die Freilassung

(Fig. Ber.) Berlin, 22. Oktober.

Der sachliche Polizeiparagraf der Sozialdemokratie zeigt seine Provokationen der Arbeiterschaft fort. Die am Sonntag verhafteten Mitglieder der Streifleitung der Rohrleger und Helfer sind am Montag, nachdem sie 48 Stunden in Einzelhaft wie Schwerverbrecher verbringen mussten, vor dem Untersuchungsrichter geführt worden. Sie sollen eine Anklage wegen Mord, Verletzung, Körperverletzung, Erpressung und Körperverletzung resp. der Anklage dazu erhalten. Und das alles lediglich wegen der Tatsache, weil sich die streifenden Arbeiter mit Energie gegen die von der sozialistischen D.M.B.-Bürokratie aus allen Teilen des Reiches herangeholten Streifbrecher zur Wehr gesetzt haben. Ein mächtiger Protestkurm wegen dieser neuerlichen sozialistischen Schandtat der D.M.B.-Bürokratie, die sich nicht nur bei der Organisation des Streikbruchs aufhält, sondern auch ihren Polizeipräsidenten Jürgel auf die Streikenden legt, ging

durch alle Betriebe. Delegationen der Berliner Betriebe, an der Spitze die „Turbine“ der A.G., forderten energisch auf dem Polizeipräsidenten die Freilassung der Verhafteten, wobei sie keinen Zweifel darüber ließen, daß die Berliner Arbeiter sich diesen Angriff auf das Streik- und Koalitionsrecht nicht gefallen lassen würden. Unter diesem Druck mußte die Polizei beschwichtigen und stellte in Aussicht, daß die verhafteten Kollegen am Dienstag entlassen würden. Die Arbeiterschaft im Reich darf aber diesen Versprechungen nicht trauen, sondern muß überall mit härtesten Protesten antworten, um die Entlassung der Verhafteten zu erzwingen. Vor allen Dingen müssen die Kollegen des D.M.B. ganz energisch in den Betrieben und in den Verbandssitzungen sowie auf ihrer Ortsverwaltung Sturm laufen gegen die Vermittlung von Streikbrechern durch den D.M.B. gegen die Berliner Heizungsmonitore und Rohrleger, und so durch die Verhinderung der Streikbrechervermittlung sowie durch verstärkte Sammlungen den Kampf der Berliner Kollegen unterstützen.

Protest der Gewerkschaften

Eine Erklärung der Handelsvertretung

Berlin, 21. Oktober.

Die Handelsvertretung der Gewerkschaften in Berlin nimmt jetzt zur Kenntnis der deutschen Zündholzindustrie Stellung. Darin heißt es u. a.: „Bei den in Aussicht genommenen Maßnahmen handelt es sich nicht um irgendwie wesentliche deutsche Wirtschaftsinteressen, sondern um die Interessen eines ausländischen Konzerns. Die Einfuhr aus der U.S.S.R. bedeutet eine wirtschaftliche Kontrolle der monopolistischen Kreispolitik des deutschen Zündholzsyndikats, an dem der Kreuzer-Konzern nominell mit 65 v. H., praktisch aber weit mehr beteiligt ist. Eine Zündholzeinfuhr nach Deutschland findet aus keinem anderen Lande als aus der Sowjetunion statt, und darum stelle jede Maßnahme, die die Einfuhr belaste, einen scheinbaren Akt gegen die Ausfuhrinteressen der U.S.S.R. dar. Da die volkswirtschaftlichen Interessen durch die Einfuhr der Zündholzeinfuhr aus der U.S.S.R. nicht geschädigt werden, müßten wir jede Maßnahme der deutschen Regierung, die sich in einer Einschränkung der Ausfuhr auswirken würde, bekämpfen und fordern, daß die deutsche Regierung nicht mehr Rücksicht nimmt auf die geschäftlichen Interessen eines Privatkonzerns als auf die Interessen des Handels zwischen Deutschland und der U.S.S.R.“

Proletariat wird seine Anstrengungen verdoppeln, um die heillosen Sanktion-Kämpfer vor der bestialischen mörderischen amerikanischen Klassenjustiz zu retten.

10,8 Millionen Schulden der Glarels

II. Berlin, 21. Oktober. In den Entscheidungsgründen für die Ablehnung der Konturschuldverordnungen der Glarels heißt es, daß nach den bisherigen Feststellungen die Aktiven der A.G. 1,8 Millionen Mark betragen, während sich die Passiven auf 10,8 Millionen Mark belaufen.

Neuer Korruptionsfall um Waldenburg

Die Stadt um 600 000 Mark geschädigt

II. Waldenburg, 21. Oktober. Durch den kürzlich gemordeten Berliner Bankier Dr. Siegfried Kron ist auch die Stadt Waldenburg schwer geschädigt worden. Bei Kron befanden sich für nominell 1,86 Millionen Mark Frankfurter Obligationen, die der Stadt Waldenburg in Depot, die seinerzeit lombardiert wurden, worfür von Kron an die Stadt Waldenburg 1 Million Mark gezahlt wurde. Inzwischen hatte sich Waldenburg von der Frankfurter Pfandbriefbank die Summe von einer Million Mark besorgt, die an Kron gezahlt werden sollte und der dafür die Obligationen zurückerhalten sollte. Dieses Geschäft sollte geklärt abgewickelt werden. Dazu ist es durch die Flucht Kroons nicht gekommen. Es ist damit zu rechnen, daß die Stadt Waldenburg einen neuen Verlust von rund 600 000 Mark erleidet, denn soviel sind die Papiere nach Abzug des Lombardgeldes wert.

Ueber die Person Kroons wird folgendes bekannt: Kron, der seit einigen Tagen mit seiner Ehefrau Sofie, geborene Grunwald, aus Berlin verschwunden ist, hat in einem hinterlassenen Briefe mitgeteilt, daß er wegen beruflicher Verfehlungen mit seiner Frau außerhalb Berlins Selbstmord verüben wollte. Es soll sich hauptsächlich um die Hinterlegung für eine Vormundschaft oder Pflegschaft handeln. Die Ursache dafür, daß Kron auf die schiefte Ebene getrieben ist, soll darin liegen, daß er private Geschäfte, und zwar

die Vermittlung von Kommunalkrediten, vorgenommen hat. Bei dieser finanziellen Tätigkeit soll er mit dem Bankier Rathle und dem Kaufmann Leo Reichmann zusammengekommen sein, die bei dem Waldenburger Finanzskandal eine große Rolle spielten. Gegen Rathle und Reichmann schon mehrfach noch andere Verfehlungen. In den Beschlüssen des Notars Kron soll auch sein privater Aufwand schuld sein. Kron war im Besitz eines Autos und bewohnte im Grunwald in der Humboldtstraße 33 eine Mietsvilla. Kron soll hoch gespielt haben.

Rechtsanwalt Dr. Kron hat vor seiner Abreise ein Schreiben an Rechtsanwalt Dr. Wäber gerichtet, in dem er ihn bittet, seine Vertretung zu übernehmen. In diesem Schreiben gibt Dr. Kron die Höhe seiner Verbindlichkeiten selbst auf zwei Millionen an.

Wieder 600 000 Mark, deren Verlust die Stadt Waldenburg veranlassen wird, die wertvollen Steuerzahler noch mehr als bisher zu belasten. Ein Korruptionsfall jagt den anderen. Es ist höchste Zeit zum Ausmitteln! Arbeiter, Werktätige, helft mit! Schart euch um die kommunistische Partei, die den schärfsten Kampf gegen Korruption und gegen die Abwälzung aller Lasten auf die Schultern der Werktätigen führt. Wählt am 17. November Kommunisten!

Schuldigspruch im Gastonia-Prozess

Vor der Urteilsfällung

II. New York, 21. Oktober. Wie aus Charlotte im Staate Nordcarolina gemeldet wird, haben die Geschworenen in dem aufsehenerregenden Prozess gegen die wegen des Mordes an dem Polizeipräsidenten von Gastonia angeklagten Kommunisten am Montag sämtliche sieben Angeklagte des Mordes zu zweitem Grades für schuldig befunden. Die Angeklagten nahmen den Spruch der Geschworenen ohne sichtliche Erregung an. Die Verkündung des Urteils dürfte noch im Laufe des späten Abends des Montags zu erwarten sein.

Bis zur Stunde ist der Urteilspruch noch nicht bekannt. Nach der erstarrten Justizkommode und dem „Wahrspruch“ der zehnjährigen Mordrichter ist mit Todesurteil, mindestens aber mit lebenslänglicher Einferkung zu rechnen. Das internationale

ANNA

IVAN OLBRACHT

Das Mädchen vom Lande DER ROMAN EINER ARBEITERIN

Internationaler Arbeiterverlag, Berlin O 25

73 „Wo ist der Schlüssel?“ schrie er, als er vergeblich an der Klinke geklopfelt hatte.

„Ich weiß nicht.“

„In ihm lockte helle Wol.“

„Gib den Schlüssel her!“

„Ich gebe ihn nicht!“ flüsternte sie.

Er schob ihre Bluse unter dem Hals, zerriss den Stoff in der Naht und zog die Frau bis auf zwei Zoll an sich heran. Seine Augen waren glühend vor Wut. Anna hatte solche Augen niemals bei Toni gesehen. Sie merkte entsetzt, daß er sie nicht kannte, daß ein fremder Mensch vor ihr stand. Daß er mit ihr umgehen würde, wie mit einem Feind. Daß er sie zu Boden werfen würde, daß er sie gegen die Wand schmeißen würde. Je nachdem, was er für seine Sache für richtiger halten würde.

„Jetzt, jetzt wird er es tun“, dachte sie.

„Weißt mich nicht zum Ansehen, weißt du, was Verrat heißt?“ Von diesen furchtbaren Worten aufs neue ausgepeitscht, brüllte er: „Den Schlüssel!“

„Nein“, flüsternte sie. Sie war entschlossen, sich nicht zu ergeben.

„Jetzt, jetzt erschlägt er mich bestimmt“, dachte sie und blickte ihm in die Augen.

Er tat es nicht.

Er ließ sie los. Schob die Bluse an den Kopf und sprang zur Tür. Er schloß die Klinke mit beiden Händen und stemmte sich mit gespreizten Beinen gegen die Tür. Er rief einmal vergeblich. Die Tür knackte. Er rief zum zweitenmal, und die Tür wich mit Krachen, so daß er zurücktaumelte. Er ließ hinaus.

Die Hand einen Augenblick wie versteinert. Dann ließ sie in den Flur.

„Liedling.“ schrie sie verzweifelt. „Loni, schnelle Schritte verhalten schon unten im ersten Stock. Sie eilte ihm nach.“

„Loni!“

Sie kam nur bis zur fünften Stufe. Dann blieb sie stehen, schwannte nach vorne, nach rückwärts. Da unten ging ihr Geliebter fort, und sie mußte ihm nach. Hinter ihr schrie das hungrige Kind, und sie mußte zu ihm.

Sie konnte sich in dieser Sekunde des Leidens nicht entscheiden. Sie tat weder das eine noch das andere. Die Knie wankten ihr. Sie setzte sich auf die dritte Stufe, legte den Kopf auf die erste, und weinte. Die Brust hob und senkte sich, die Stufe lächelte ihr die Stirn.

Da erklang hinter ihr eine verächtliche Stimme:

„Na, na, Gräfin, schämen Sie sich!“

Sie ermannete sich und stand auf. Ueber ihr standen die kalten Augen der Genossin Tischmann, und die Genossin Tischmann selbst, die Arme bis zum Ellenbogen entblößt und in die Hüften gestemmt. Die Hände und Arme waren von diesem ewigen Wachsen ausgebleicht wie Papier.

„Hui, schämen Sie sich“, jagte sie, und in diesen Worten war ein bitterer Spöttel.

Anna ließ heim.

Sie nahm das Kind aus dem Körbchen, legte sich an den Rand des Bettes, und reichte ihm die Brust. Das Kind ergriß sie hungrig, sein wildes Geschrei brach sich und verwandelte sich in Schmatzen. Aber schon im nächsten Augenblick vergaß Anna, daß sie den Sohn im Arm hielt. Ihre Augen fierten ins Leere.

„Loni, Loni.“ Sie begriff, daß sie zu ihm gehörte, und daß sie ihm nachgehen mußte. Daß sie ihn niemandem überlassen dürfte, daß sie ihn für sich und für ihr Kind erhalten mußte. Das Dorf mit den Feldern und mit den Pappeln sprach zu ihr, wo jeder leidenschaftlich festhalten verstand, was er erworben hatte.

„Loni, Loni.“

Ihr Körper folgte ihm nicht auf die Straße, denn er war durch den jugendlichen Mund und die warme, strömende Milch an die Straße gefesselt, aber ihr ganzes übriges Wesen folgte ihm. Anna würde durch diesen Marich in den Straßen unruhig, und ihre Anrede übertrug sich aufs Kind.

Die Tür öffnete sich ohne vorheriges Klopfen, und wieder stand

die Genossin Tischmann vor ihr. Sie stemmte wieder die Arme in die Hüfte, ihre Augen waren kalt wie immer, und ihre Stimme klang böse wie nie zuvor.

„Schämen Sie sich denn gar nicht? Es tut Ihnen wohl leid, daß die Jungens auf die Straße gegangen sind, um sich ein bißchen herumzuschlagen, damit wir und die Kinder ein größeres Stück Brot bekommen?“ Meiner ist auch gegangen. Ich habe ihn selbst geschickt. Ich würde ihm in die Augen schauen, wenn er nicht ginge. Was haben sie denn das ganze Leben hindurch getan? Nichts. Wir haben uns geschunden wie die Pferde. Wir... Sie allerdings nicht allzuviel“, sagte sie böse hinzu. „Aber was haben denn die Männer getan? Der meiste hat ein bißchen im Lehm gewühlt und ihrer hat mit seinen Guckformen gespielt. Jetzt sollen sie sich nur ein bißchen mit der Polizei herumschlagen. Das hat immer ein wenig geholfen, und wird auch diesmal helfen. Und Sie, Frau Kroust, Sie können sich schämen, richtiggehend schämen.“

Anna sah sie verflört an.

„Warum weinen Sie denn?“ jagte die Tischmann hart.

„Ich weine nicht mehr, Frau Tischmann.“

Die Nachbarin ging.

Anna näherte das Kind und ging mit ihm in der Stube auf und ab, um es einzuschläfern. In dieser Stunde wuchs in ihr ein fester Entschluß. Er reifte unter dem Eindruck der harten Augen und der weißen Ellenbogen von Frau Tischmann. Sie legte das schlafende Kind ins Körbchen, kleidete sich schnell an und ging zur Nachbarin.

„Frau Tischmann“, sagte sie, „der Junge schläft. Falls er weinen sollte, schauen Sie doch bitte einmal nach.“

„Wohin gehen Sie?“

„Ja Loni“, antwortete Anna sanft und fest.

Die Nachbarin blickte sie an. Nicht unfreundlich. Anna mußte nicht, wohin sie gehen sollte. Sie fragte:

„Wo sind sie hin?“

„Ich weiß es nicht. Vielleicht zum Rathaus. Wird wohl in der Nähe stehen. Was wollen aber Sie denn dort?“

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für Politik und Religion: Alfred Thomaas, Dresden; für Waldenburg und Religion: Betelch und Gewerkschaft Wilhelm Dieckhoff; für Oberelben: Gerhard Schulz, Oldenburg.

Gib sofort Antwort!

Der Termin des Beginns unserer Werbekampagne rückt immer näher. Bereits am Sonntag, dem 27. Oktober, ist der erste Großwerbetag. In verschiedenen Orten sind die Vorarbeiten energisch in Angriff genommen worden. Gute Erfolge mit dem Vertrieb der Wochenausgabe sind gemacht. Die wenigen Tage, die bis zum Sonntag geblieben sind, müssen

benutzt werden zur Nachprüfung, ob auch alles richtig vorbereitet ist. Das eventuell Versäumte muß sofort nachgeholt werden.

Mit der sorgfältigen Vorbereitung ist die Sache jedoch noch nicht abgetan. Es ist noch notwendig, den Verlag der „Arbeiter-Zeitung“ zu informieren, wie es mit den Vor-

bereitungen in den einzelnen Orten steht, damit er den Gesonnen eventuell helfen kann.

Wir fordern die Vorleiter der Ortsgruppen, Stadtteile und Zellen auf, sofort: Die untenstehenden Fragen beantwortet und den Brief sofort an den Verlag abzusenden!

Die revolutionären Bergarbeiter zur internationalen Kohlenverkündung

Von G. Sobotta, Berlin

Am 7. bis 11. Oktober fand in Lens (Nordfrankreich) der Jahreskongress der Unklaren Bergarbeiterföderation Frankreichs statt. Im Anschluß an diesen Kongress wurde eine Besprechung französischer, belgischer, deutscher, saarländischer und britischer Bergarbeiter abgehalten. In dieser Besprechung beschäftigten sich die Vertreter der revolutionären Bergarbeiter verschiedener Länder mit der gegenwärtigen Lage im Bergbau und mit den Forderungen der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und des Grubenkapitals nach der sogenannten Kohlenverkündung.

Einmütig wurde festgestellt, daß es in der kapitalistischen Wirtschaft eine Verkündung zu planmäßiger Produktion und Wirtschaft nicht geben kann. Das, was von den Reformisten und Grubenkapitalisten unter dem Mantel einer Verkündung erzielt werden soll, ist nichts anderes als die Schaffung eines Syndikats und damit einer internationalen Monopolstellung für das deutsche, das britische und das französische Grubenkapital gegenüber einer Reihe schwächerer Kohlenländer, besonders der Sowjetunion. Ob ein solches monopolistisches Syndikat zustandekommt, ist von der politischen Verständigung der genannten kapitalistischen Mächte über ein Kriegsbündnis gegen die Sowjetunion abhängig.

Die Konferenz war sich vollkommen darüber einig, daß gegen die reformistische Theorie der Verkündung und Schaffung eines internationalen Syndikats in allen Ländern der schärfste Kampf geführt werden muß, insbesondere auch darum, weil durch die Verkündung der Arbeiter auf eine angebliche Verkündung und Planwirtschaft der Bergarbeiter in allen Ländern nur von den Kämpfen um Verbesserung der Lohn- und Arbeitszeitbedingungen abgelenkt werden sollen.

Gegen die kapitalistische Rationalisierung und die

1. Ist in einer Funktionär-Konferenz zu dem ersten Großwerbetag Stellung genommen worden?
2. Ist die gesamte Mitgliedschaft der Partei und der Nebenorganisationen auf die Werbung eingestellt?
3. Ist ein genauer Werbeplan ausgearbeitet?
4. Sind die Adressen der mit uns sympathisierenden Proletarier zusammengetragen?
5. Wann und wo versammeln sich die Genossen am Sonntagvormittag?

Syndikats- und Monopolpläne können die Bergarbeiter nichts anderes tun, als den Kampf um die Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit in allen Ländern führen. Diese Frage des Kampfes um die Arbeitszeit steht jetzt besonders bei den britischen Bergarbeitern, die die Einführung des Verprechens der MacDonaldschen Arbeiterpartei (Einführung der Siebenstundenschicht) erzwingen müssen.

Die Konferenz der revolutionären Bergarbeiter stellte darum als die wichtigste Aufgabe der Bergarbeiter gegenüber den reformistischen Bestrebungen auf Kohlenverkündung die Organisierung und Führung des Kampfes um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in allen Ländern, die Organisierung und Führung des Kampfes um die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft und Ueberführung der gesamten Produktion und Wirtschaft in die Hände der Arbeiterklasse. Um für diese Ziele die Bergarbeiter in allen Ländern zu mobilisieren, wurde die Einberufung eines internationalen Bergarbeiterkongresses, der nicht, wie die reformistischen Kongresse, sich aus der Bürokratie zusammenzieht, sondern aus in den Betrieben und Bergbaubezirken gewählten Delegierten, in Aussicht genommen.

Unser Kampf gegen den Young-Plan

Heft Nr. 19 der „Internationale“ ist erschienen

Das neue Heft der theoretischen Zeitschrift der KPD, die „Internationale“, ist in erster Linie dem Kampf gegen den Young-Plan gewidmet. „Der Young-Plan-Abkommen bestimmt entscheidend die Außen- und Innenpolitik der deutschen Bourgeoisie und ihrer Regierung auf lange Sicht: Kriegsschulden gegen die Sowjetunion zur „Erschließung des russischen Marktes“ in der Außenpolitik, Ueberwälzung der Reparationslasten auf das Proletariat und eiserne Diktatur zur Beherrschung und Niederdrückung des Proletariats in der Innenpolitik. Damit wird der Kampf gegen den Young-Plan zur Achse des Klassenkampfes in Deutschland.“

Unentbehrlich ist daher für alle Genossen eine genaue Kenntnis der Bedeutung des Young-Planes. Eingehend schildert der Genosse Werner Hirsch die Vorgeschichte und die internationalen Voraussetzungen des Young-Planes und geht dann im einzelnen auf die Frage der Erschließungen und Kohlenkrise, auf Transferschub und Kommerzialisierung, auf die internationalen Schulden und die Reparationslasten sowie auf die außen- und innenpolitischen Auswirkungen des Planes ein.

Ergänzend untersucht Genosse G. Reimann die „Perspektiven des deutschen Finanzkapitals“, das den Weg von der Kapitalimport zur Kapitalexport zurücklegen will. Der Artikel behandelt die große Bankenfusion, die „Ueberfremdung“ deutscher Industrieunternehmen, die „Kawthafinet“ und das zur Förderung der Kapitalbildung dienende „Reformprogramm“ des deutschen Finanzkapitals.

Ein Artikel „Die Rolle der Technik im sozialistischen Umbau des Sowjetlandes“ von Genossen R. Arens zeigt, wie als eine der wichtigsten Methoden zur Vergesellschaftung der individuellen Bauernwirtschaften die Maschinen- und Traktorenstationen auf dem Lande verwendet werden, die mit der neuen Technik eine ungeheure wirtschaftliche, soziale und kulturelle Umwälzung unter den Millionenmassen der Bauern hervorgerufen.

Mit großer Schärfe weist Genosse Paul Felsch („Rechte Niederlagenstrategie“) am Beispiel des Streiks in der Südtiroler Waffenindustrie nach, wohn Kommunisten geraten, wenn sie die Taktik der revolutionären Gewerkschaftsopposition ablehnen. Die Abwägung des Streiks durch die „kommunistische“ DWA-Ortsverwaltung diskreditiert die Partei.

Aus der Partei

Wegen fortgesetzten organisationschädigenden Verhaltens ist Georg Gering, Steinau a. d. Ober, aus der Partei ausgeschlossen worden. Die Ortsgruppenleitung.

Anweisung zur Kandidatenaufstellung

Das Sekretariat des Zentralkomitees teilt mit:

Die Kandidatenlisten zu den Gemeinde-, Kreis- und Provinzialtagswahlen sind nunmehr in den meisten Orten aufgestellt und bedürfen nur noch der Befestigung der Bezirksleitungen bzw. des Zentralkomitees. Eine Kontrolle der Zusammensetzung zahlreicher Listen hat ergeben, daß im allgemeinen nach den Richtlinien des Zentralkomitees verfahren worden ist, was die Auswahl politisch erprobter Arbeiter aus den Großbetrieben, was die Ausschaltung schwächerer oder ermüdeten oder zu sehr an das parlamentarische Leben gewöhnter Elemente betrifft.

Während also auf den Listen die Betriebsarbeiter, die das Vertrauen großer Teile ihrer Belegschaft genießen, und Vertreter großer Massenorganisationen im Vordergrund stehen, sind in diesen Fällen die Arbeiterfrauen nicht genügend berücksichtigt worden. Das Zentralkomitee unterstreicht deshalb noch einmal die frühere Direktive und fordert kategorisch ihre Durchführung:

„Ein Drittel werktätiger Frauen und Fabrikarbeiterinnen und Arbeiterfrauen als Kandidaten, besonders in den Bezirken mit großen weiblichen Betriebsbelegschaften, muß die Regel sein. Wo Widerstände gegen diesen Proporz auftreten, muß auf Grund einer ausführlichen Diskussion Aufklärung geschaffen werden, warum die vom Webdinger Parteitag beschlossene Wendung der Gesamtpartei zur Arbeit unter den werktätigen Frauen ernsthaft durchgeführt werden muß.“

Alle Kandidatenlisten in industriellen Gebieten, besonders in jenen mit zahlreicher weiblicher Belegschaft, sind deshalb sofort in dieser Beziehung zu überprüfen und zu korrigieren. Alle Argumente, daß „keine fähigen Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen vorhanden sind“, sind als überhebliche, durch die Praxis des Klassenkampfes längst widerlegte Ausreden abzulehnen. Mit den Leitungen der Betriebszellen und mit den Frauenabteilungen sind sofort ernsthafte Schritte zu unternehmen, um zuverlässige Genossinnen zu nominieren und in die Kandidatenlisten einzugliedern.

Jede Bezirksleitung, jede Ortsgruppenleitung, jede Betriebszellenleitung ist dafür verantwortlich, daß dieser Beschluß durchgeführt wird!

Das Zentralkomitee wird jede Leitung zur Verantwortung ziehen, die nicht alles versucht hat, um vorhandene falsche Einstellungen bzw. Schwierigkeiten zu überwinden. Wir verweisen auf das Beispiel Berlins und zahlreicher anderer Orte im Reich, wo der Beschluß des Zentralkomitees strikte innegehalten worden ist.

Dasselbe gilt für die Verdrängung der proletarischen Jungarbeiterenschaft. Auch hier muß auf jeder Kandidatenliste ein oder zwei Vertreter der Jungarbeiterenschaft an ausführender Stelle nominiert sein.

Zum Schluß weisen wir darauf hin, daß die Tage vor der Einreichung der Kandidatenliste dazu auszunutzen sind, um die Kandidaturen der Partei, soweit das bisher noch nicht geschehen ist, öffentlich in Betriebsversammlungen, in Häuserblockversammlungen, in Versammlungen der Massenorganisationen diskutieren und bestätigen zu lassen.

Reite des Stahlhelmbegehrens

Die Berliner Presse berichtet mit Ausnahme der Hugenbergblätter von den Eintragungen zum Hugenbergischen Volksbegehren im Reichsmassstab. Die Zahl der Eintragungen ist auch am letzten Sonntag äußerst schwach geblieben. In den Städten bleiben die Eintragungsziffern nicht nur weit hinter den Volksbegehrensziffern gegen die Fürstenabfindung, sondern sogar erheblich unter den Eintragungen beim kommunistischen Volksbegehren gegen

den Panzertrennenbau zurück. In den Städten jedenfalls — das geht schon heute aus dem bis jetzt fünf Tage währenden Volksbegehren hervor, sind die Eintragungen geradezu katastrophal. Wie die Situation auf dem Lande steht, darüber liegen noch keine Berichte vor. Es besteht natürlich die Möglichkeit, daß hier die Eintragungen wegen des Terrors der Deutschnationalen auf dem flachen Lande besser sind als in der Stadt. Trotzdem verstärkt sich immer mehr der Eindruck, daß das Hugenbergische Volksbegehren nicht einmal die für den Volksentscheid notwendigen 4 Millionen Stimmen aufbringen wird.

Der Kongress werktätiger Frauen



Am Sonntagvormittag um 10 Uhr wurde im Moabitier Gesellschaftshaus der Reichskongress der werktätigen Frauen eröffnet. Der mit revolutionären Parolen ausgeschmückte Riesensaal war bis zum letzten Platz besetzt. Anwesend waren 408 weibliche Delegierte und 350 Frauen als Gäste. Die Mehrzahl der Delegierten bestand aus parteilosen Betriebsarbeiterinnen. Sie gaben dem gesamten Kongress das Gepräge.

Im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und des verbalen Roten Frontkämpferbundes begrüßte Genosse Thälmann den Kongress, mit stürmischem Beifall empfangen. Er wies mit Nachdruck auf die Wendung der Partei zu den werktätigen Frauen und zur proletarischen Jugend hin, die verelendeten Schichten des Proletariats. Nachdem eine englische und eine österreichische Arbeiterin den Kongress begrüßt hatten, ergriff die Reichstagsabgeordnete Genossin Lene Overlach das Wort zu ihrem Referat über die Lage der werktätigen Frauen, über ihren Kampf um Lohn und Brot, gegen Arbeitslosigkeit und gegen imperialistischen Krieg. Genossin Overlach gab einen Überblick über die zunehmende Verelendung der Proletarierinnen. Ihr Referat war ein wichtiger Appell zum geschlossenen Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Kaum hatte die Genossin Overlach ihre Ausführungen beendet,

marchierte, kühnlich umjubelt, in voller Uniform, eine Delegation des verbotenen Roten Frontkämpferbundes ein.

Ein Kamerad richtete an den Kongress die Kampfgrüße der Roten Frontkämpfer.

In der Diskussion sprachen fast nur parteilose Betriebs-

arbeiterinnen. Sie gaben ein erschütterndes Bild von Ausbeutung der proletarischen Frau in den Betrieben. Ob die Verkäuferin des Warenhauses, die Textilarbeiterin, die Arbeiterin in der Schuhfabrik oder Metallfabrik zu Worte kam: überall zeigten die einfachen, nüchternen und konkreten Berichte jene grauenhaften kapitalistischen Zustände, die durch die Rationalisierung zur Hölle geworden sind. Aber die Berichte meldeten nicht nur von den Zuständen in den Betrieben, von den Schikanen der Kapitalisten und der mit ihnen verbundenen sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer, sie zeigten auch den heroischen Kampf der parteilosen Arbeiterinnen unter Führung der Kommunistischen Partei gegen den Kapitalismus, gegen den Faschismus, gegen den Sozialfaschismus.

Der Höhepunkt des Kongresses war die Rede einer russischen Arbeiterin, die von dem Genossen Heinz Reumann überleitet wurde. Die russische Arbeiterin war von den Proletarierinnen und Bäuerinnen der Sowjetunion delegiert. Aus ihr sprach nicht nur der Stolz und die Freude der befreiten russischen Proletarierinnen und Bäuerinnen der Sowjetunion, sondern die Rede dieser russischen Arbeiterin war auch der stärkste Impuls, in Deutschland die proletarische Revolution weiterzutreiben.

Die Schlußansprache der Genossin Overlach und des Genossen Thälmann und die Wahl einer Frauendelegation nach Sowjetrußland klangen aus in dem Gelächter der Partei, enger noch wie bisher die Verbindung mit den parteilosen Proletarierinnen zu festigen, und in der Mahnung, bis in den tiefsten Winkel Deutschlands die Beschlüsse des Reichskongresses und seine revolutionäre Entschlossenheit hineinzutragen.

(Einen genaueren Bericht veröffentlichen wir später.)

Durch Organisierung der Teilkämpfe zu politischen Massenkämpfen

Von Gustav Sobotta

Die Zuspitzung der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit muß sich infolge der kapitalistischen, imperialistischen Politik der deutschen Bourgeoisie immer mehr verschärfen. Radikales Handeln der Kapitalisten neue Angriffe auf Löhne und Arbeitszeit der Werktätigen an. Die ihnen widerständige sozialistische Regierung kämpft gleichzeitig neue Kämpfe auf die Löhne der Arbeiter in Form von Zoll-, Miet- und Steuererhöhungen und Beschneidungen der sozialen Rechte an. Gleichzeitig organisiert die Gewerkschaftsbürokratie als treueste Schutzherrin der kapitalistischen Ausbeutungspolitik den Kampf gegen die kommunistische Opposition, um die Kämpfe der Arbeiter unter der Führung der Opposition im Felde ersticken zu können.

In dieser Situation ist der Reichskongress der oppositionellen Gewerkschaften, der am 20. November und 1. Dezember stattfinden soll, besonders zu begrüßen. Seine wichtigste Aufgabe wird sein, die Vorbereitung und Organisierung der Kämpfe der Arbeiterklasse gegen ihre Ausbeuter. Dabei wird die Frage Teilkämpfe oder Massenkämpfe keine untergeordnete Rolle spielen. Wie schon schon jetzt überall Teilkämpfe der Arbeiterschaft, wie den Kohlelegerstreik in Berlin.

Teilkämpfe sind immer die Vorläufer von großen Massenkämpfen. In einem Teil der Arbeiterschaft ist leider immer noch die Auffassung verbreitet, daß Teilkämpfe keinen Zweck hätten. Immer wieder hört man die Einwände, daß die Unternehmer über ganze Industrien und das ganze Reich zusammengeschlossen seien und daß man ihnen daher nur in großen Massenkämpfen entgegenzutreten könnte. Nach dem durch reformistischen Verrat verloren gegangenen großen Bergarbeiterkampf in England griff sogar der Gedanke um sich, daß nur internationale Kämpfe für bestimmte Industrien in Frage kämen. Eine solche Auffassung ist falsch und führt zur Passivität der Arbeiterschaft. Deshalb wird sie auch von der reformistischen Bürokratie gefördert.

Ein Verzicht auf Teilkämpfe, sei es auch nur für einzelne Betriebe, Industrien oder Bezirke, häßt nur die Kraft der Unternehmer und spornt sie zu neuen Angriffen gegen die Arbeiterschaft an. Der beste Beweis hierfür ist der Kampf in der Südhessen Maschinenindustrie im Juni/Juli dieses Jahres. Hier war am 31. Mai der Lohnstreik abgelaufen. Von der Ortsverwaltung des SPD wurde mit Zustimmung der Opposition die Forderung gestellt, Erhöhung des Stundenlohnes um 12 Pfennige. Der Kampf hierfür wurde aber nicht organisiert und am 1. Juni auch nicht aufgenommen. Als Folge dieses Ausweichens kündigten die Unternehmer am 26. Juni einen Lohnabbau um 4 Pfennige die Stunde an. Die Arbeiter waren nun nicht mehr im Angriff, sondern in der Verteidigung. Ebenso war es im Mansfelder Erzbergbau. Hier lief das Lohnabkommen am 1. September ab. Die Betriebsräte ließen sich von der Gewerkschaftsbürokratie verleiten, auf einer Konferenz zu beschließen, Lohnforderungen zu diesem Zeitpunkt nicht zu stellen, sondern erst später, zusammen mit der Gesamtheit der mitteldeutschen Braunkohlenbergarbeiter. Die Folge davon war, daß die Unternehmer drei Wochen später eine Kürzung der Löhne ankündigten und die Arbeiter in die Defensive drängten.

Der Angriff ist die beste Verteidigung. Diese alte Regel gilt auch für die Arbeiterschaft bei ihrem Kampfe gegen das Unternehmertum. In der gegenwärtigen Situation, wo die Unternehmer jede Schwäche, jedes Ausweichen der Arbeiter zu neuen, verstärkten Angriffen ausnutzen, bedeutet ein Verzicht auch auf den kleinsten Teilkampf eine Unterwerfung des Kapitals und seiner imperialistischen Nachbarn. Deshalb ist es die wichtigste Aufgabe, diese Teilkämpfe zu fördern, sie zu organisieren und zu führen. Dies muß geschehen, ja selbst auf die Gefahr hin, daß vielleicht hier und da ein Teilkampf wieder abgebrochen werden muß, ohne einen vollen Erfolg den kämpfenden Arbeitern gebracht zu haben.

In diesem Zusammenhang steht auch die Frage der Durchbrechung bestehender Tarife. Die Kapitalisten in Verbindung mit der sozialistischen Gewerkschaftsbürokratie und dem reaktionären Reichsarbeitsminister Wiffell haben es verstanden, Teilen der Arbeiterschaft Lohnstarife zu oktroyieren, die bis Mitte oder Ende 1931 laufen sollen. Während dieser Zeit sollen die Löhne keine Steigerung erfahren, aber die Lebenshaltung verteuert, die Mieten erhöht und Zölle und Steuerlasten fester angezogen werden. Dadurch soll der Lebensstandard der Arbeiterschaft herabgedrückt werden.

Der Kongress der Gewerkschaftsopposition wird daher der Arbeiterschaft die Aufgabe stellen müssen, Organisierung des Kampfes aus Durchbrechung der langfristigen Lohnstarife und die Zusammenfassung und Organisierung der Teilkämpfe zu großen politischen Massenkämpfen.

Bei diesen politischen Massenkämpfen kann sich die Arbeiterschaft nicht auf wirtschaftliche Forderungen, wie Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung allein beschränken, sondern sie muß sich auch weitergehende Ziele setzen. Der Kampf gegen die Zoll- und Steuererhöhung, gegen die Verschärfung des kapitalistischen Verwaltungsapparates, gegen die Unterdrückung und Beilegung des Versammlungswortes, gegen den fascistischen Terror und die Kriegsgefahr muß geführt werden. Die revolutionären Gewerkschaftler müssen alle Kräfte zu politischen Massenkämpfen einengen, um das Ziel der deutschen Gewerkschaften von diesen sich selbst gesetzte Ziel: Befreiung der Lohnarbeit zu erreichen. Den Kampf für die Befreiung der Lohnarbeit zu organisieren, ist eine der Aufgaben des Kongresses der oppositionellen Gewerkschaftler.

Kataientum

(Von unserem Arbeiterratsorganisten.)

Der „Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands“ scheint sich bezorgen, „Einheitsverband“ zu nennen, weil seine Zeitung sich bewußt, nicht mit den Kapitalisten jeder Sorte in ein Horn zu blasen. Dazu benötigen die Herrchen Gewerkschaftsorganen das Verbandsgewicht. In Nummer 42 finden wir eine Jeremiade um Gustav Stresemann, wie sie seine Parteileitung nicht besser bringen konnten. „Das Stresemann-Geflecht, wird die Nachwelt würdigen“ — „selbstlos seine Kraft in den Dienst der Allgemeinheit.“ — „Nicht zuletzt ist es auch die Arbeiterklasse, die zu danken hat.“ — „Der Aufschlag der arbeitenden Klasse ist nur möglich bei gesunder Wirtschaft. Wenn das heute der Fall ist, dann ist Stresemann daran hoch verdient.“ — „An der Spitze der deutschen Partei- und Landesgrenzen. Mit Deutschland trauert die Kulturwelt. Wir senden die Fahnen.“

Wenn die „Bergwerkszeitung“, das Organ der Schwerindustrie, den Vertreter ihrer Klassenpolitik so verherrlicht hätte, dann wäre das natürlich; aber wenn eine Gewerkschaftszeitung der SPD, ein dieser Vertreter und ehemaliger Syndikus des Kapitalismus so eintritt, sollte jeder Arbeiter merken, was sozialdemokratische Politik bedeutet: Verrat auf der ganzen Linie. Und damit auch me-

mond im Zweifel ist, daß dies tatsächlich sozialistische Politik ist, liegt der Gesamtaufgabe der Zeitung ein vierseitiges Flugblatt bei: „Organist bist in der Sozialdemokratischen Partei.“ So also steht die berühmte „Neutralität“ der Gewerkschaften in völliger Beziehung aus.

Auf der gleichen Seite finden wir einen Aufsatz über die geplante Tarifverhandlung bei der Reichsbahn, worin der SPD als Sachwalter der Reichsbahnorganisation auftritt.

Zwei Schanddokumente

Streitbrechervermittlung durch Unternehmer und Gewerkschaftsbürokratie nach Berlin

Seit vielen Wochen führen die Berliner Kohleleger einen heroischen Kampf, in dem sie bereits einen Teilsieg erzielt haben. Wir haben laufend darüber berichtet. Die Bürokratie des Deutschen Metallarbeiterverbandes vermittelt aus ganz Deutschland Streitbrecher, um die Unternehmer vor den Arbeitern zu schützen. Seltener haben die reformistischen Gewerkschaftsführer ihre Rolle als Hausknechte der Bourgeoisie so deutlich offenbart, wie beim Streik der Berliner Kohleleger.

Wir sind in der Lage, nachfolgend zwei Dokumente zu veröffentlichen, die besser als Argumente beweisen, wie weit die Verfassung der Gewerkschaftsführer mit der Unternehmerrhetik bereits fortgeschritten ist. Ein Breslauer Arbeiter hatte sich bei der bekannten Berliner Firma Gebr. Körting AG. als Heizungs- monteur beworben und als Antwort folgendes Schreiben erhalten:

„Wir senden Ihnen beiliegend Ihre Zeugnisse wieder zurück und teilen Ihnen mit, daß wir bereit sind, Sie bei uns als Heizungs- monteur einzustellen. Wir möchten darauf aufmerksam machen, daß hier augenblicklich ein Teilschrei herrscht. Das beiliegende Formular wollen Sie uns, evtl. mit Ihrer Unterschrift versehen, baldmöglichst zurücksenden. Bei zufriedenstellenden Leistungen würde die Arbeit von längerer Dauer sein, müssen aber von vornherein darauf aufmerksam machen, daß wir Sie nicht einstellen können, wenn Sie zur kommunistischen Gruppe gehören. Vor Einstellung haben Sie sich bei dem Deutschen Metallarbeiterverband, Ortsgruppe Berlin, vorzustellen. Ihren weiteren Nachrichten, wenn Sie hier eintreten können, seien wir entgegen.“

Es existiert bekanntlich in Deutschland eine Verfassung, die allen Arbeitern die Koalitionsfreiheit garantiert und in der es heißt, daß kein Arbeitsverhältnis den Arbeiter in seiner Vereinigungsfreiheit hindern darf. Das steht — wie alle Sätze dieser „freiheitlichen“ Ver-

Eisenbahner, es geht alles zusammen: Trauer um Stresemann, Flugblatt — abgestimmt auf den Ton: nur ein Sozialdemokrat kann Gewerkschaftsfunktionär sein — und Spaltung in Oppeln. Im Hinblick auf den kommenden Krieg gegen Sowjetrußland wenden die sozialistischen Verächter den Eisenbahnern ihre besondere Aufmerksamkeit zu, mit der Absicht, sie in jeder Weise als Unternehmerrhetorik verwenden zu können.

„Schlegel und Eisen“

Nummer 4

wird am 28. Oktober abgeschlossen. Die zur Veröffentlichung bestimmten Manuskripte müssen spätestens am 20. Oktober in den Händen der Redaktion sein.

lassung — nur auf dem Papier. Arbeiter, die zur kommunistischen Gruppe gehören, werden nicht engagiert. Die Firma braucht willige Streitbrecher, die sich vorher, wie sie schreibt, beim Deutschen Metallarbeiterverband, den die Bürokratie zu einer Organisation der Streitbrecher machen wollen, melden müssen.

Um sich aber in jeder Beziehung vor dem gefährlichsten kommunistischen Wagnis zu sichern, hat die Firma Gebr. Körting AG. ihrem Schreiben einen Verpflichtungsschein beigelegt, den der Kollege E. unterschreiben sollte. Er lautet:

Firma Gebr. Körting AG. Ich erkläre, daß ich den zwischen der Tarifgemeinschaft der Zentralheizungs-Industrie, Gas- und Wasserleitungsbeamten und des Klempnergewerbes von Berlin einerseits und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband andererseits abgeschlossenen Tarifvertrag für das Rohrengerwerb vom 2. 11. 1927 nicht abgelehnt habe und daß ich mich am 28. 5. 1929 und Nachtrag vom 1. 8. 1929 als für mich verbindlich anerkenne und gewillt bin, zu diesen Bedingungen weiterzuarbeiten.

Berlin, den ... (Unterschrift) ...

Kollege E., der der Kommunistischen Partei nicht angehört, ist natürlich nicht nach Berlin gefahren, sondern hat den Unternehmern und ihrer reformistischen Leibgarde die kalte Schulter gezeigt, indem er das Schreiben überhaupt nicht beantwortete.

Das ist eine ernste Mahnung an alle anderen, die als Streitbrecher nach Berlin vermittelt werden sollen. Jeder Arbeiter, der noch ein Fünkchen Solidarität für seine kämpfenden Kollegen behält, wird sich nicht als Streitbrecher mißbrauchen lassen, sondern mit allen seinen Kräften den heldenhaften Kampf der Kohleleger unterstützen.

Delegiertenversammlung der Breslauer Gemeindearbeiter

Selbst SPD-Kollegen gegen die SPD-Politik — Was ist mit den 538 Mark für die „Buwa“?

Am Freitag wurde im kleinen Saal des Breslauer Gewerkschaftshauses die dritte Vertreterversammlung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes abgehalten. Der Bevollmächtigte des Verbandes, Blant, gab den Geschäftsbericht des letzten Vierteljahres. Seine Ausführungen über die „Reform“ der Erwerbslosenversicherung waren eine einzige Lobrede auf die Sozialdemokratie. Kommunalpolitisch behauptete er, daß nur starke sozialdemokratische Vertretungen in den Stadtparlamenten die Gemeindebetriebe vor der Privatisierung retten können.

In der Diskussion stellte der Kollege Jenj die Forderung, sämtliche Kosten der Erwerbslosenversicherung auf die Schultern der Unternehmer zu bürden. Er zeigte weiter, daß die gewollte Reform der Gewerkschaftsbürokraten sich als Entlastung des Reallohnes ausgewirkt hätte. Zusammengefaßt stellte Kollege Jenj fest, daß die Haltung der Sozialdemokratie sich zugunsten der breiten Masse auswirkt. Wie der „Kampf“ der SPD um die Erhaltung der Kommunalbetriebe in Wirklichkeit aussieht, zeigte Kollege Jenj an einem Beispiel der Stadt Reichen. Dort besteht eine sozialdemokratische Mehrheit. Infolge irgendeiner Verhältnisse wird diese Mehrheit die Kommunalbetriebe zu ihrer Sontierung an die Privatwirtschaft übergeben. Jenj stellte weiterhin eine Anfrage über die

538,75 Mark, welche unter „Buwa“ als Ausgaben

gebucht sind. In scharfen Worten wandte sich der dritte Diskussionsredner, Mitglied der SPD, gegen die so nichtsjagenden Ausführungen Blants über die Entlassungen von Arbeitern und Handwerkern im Polizeipräsidium. Er stellte fest, daß die Personalpolitik sich folgendermaßen ausdrückt: Die Arbeit der entlassenen Arbeiter und Handwerker muß unbedingt geleistet werden. Diese Arbeiten läßt man durch die Beamten machen. Hauptwachmeister mit 300 Mark Gehalt müssen Schlosser, Schmiede und auch Anscher erledigen. Alle Eingaben des Betriebsrates sind bis dato entweder abgelehnt oder unbeantwortet. In einer Hauptbetriebsratsitzung der Staatsarbeiter erklärte der sozialdemokratische Innenminister Orzeszinski, daß man doch die Beamten nicht entlassen konnte, die Arbeiter müssen sich eben mit diesen Lasten abfinden. Der Kollege erklärte, auch das Hundesporndämmlieb Schallar auf diese Zustände aufmerksam gemacht und ihm die Schwierigkeiten der Vertrauensleute klagt zu haben, um die erlöschenden Kollegen dem Verbande zu erhalten. Die Antwort des Bonzen Schallar lautete einfach: Wenn die Kollegen aus dem Verbande austreten, muß man eben von neuem anfangen. Der SPD-Kollege erklärte, daß er und seine Kollegen infolge dieser Antworten fühlender „Genossen“ jetzt glauben, daß diese „Genossen“ nur Futterrippenpolitik betreiben. Er verlangte weiterhin infolge der großen Erwerbslosigkeit den Siedestunden-Arbeitslag.

In seinem Schlußwort glaubte Blant die Ausführungen der Diskussionsredner erledigt zu haben, indem er darauf hinwies, daß von den 30 Millionen Wählern noch zu wenig SPD wählen. Seinem SPD-Kollegen warf er noch Dummheit vor (große Unruhe!), weil er noch nicht verstand, daß Orzeszinski und Severing Demokraten und keine Diktatoren sind. Auf den Zuruf des Kollegen Jenj, doch im außerparlamentarischen Kampf die Forderungen der Arbeiter durchzudrücken, antwortete Blant, daß die Arbeiter noch zu sehr um die Sicherheit ihrer Existenz besorgt sind. Die Ausführungen Blants wurden von

großer Unruhe begleitet. Daraus durfte er entnommen haben, daß selbst die Delegierten schon zum Teil nicht mehr seiner Meinung sind. Zum Punkt Verschiedenes sprach der unvermeidliche Komiker Petrasch. Er forderte auf, am 17. November nur proletarische Parteien zu wählen. Die Kirche und die verbürgerlichte Sozialdemokratie haben ihn derartig ideologisch beeinflusst, daß er glaubt, außer der Kommunistischen Partei gibt es noch eine proletarische Partei. Daß mag wohl daher kommen, daß er religiöser Sozialist seine Hoffnungen, gemäß den Lehren der Kirche, auf ein besseres Los, gleich dem Stadtrat Schramm, nach dem Tode setzt. Stadtrat Schramm hat nämlich am Mittwoch im Distrikt 31 auf die Angriffe seiner Genossen, welche ihm vormachen, daß er früher nicht links genug sein konnte und jetzt noch rechter als die Rechten ist, erklärt, jetzt ging es ihm wie dem verstorbenen Stadtrat Neulrich, der in Versammlungen auch runtergerissen wurde, aber nach seinem Tode werde man, wie bei dem Stadtrat Neulrich, hinter seinem Sarge weinen.

Kollegen, ihr müßt erkennen, daß es den Blant, Schramm und wie sie alle heißen im Rahmen der Wirtschaftsdemokratie (lies Ausbeuterpolitik) nur darauf ankommt, sich einen guten Polka zu sichern, nicht aber Vorteile für die Arbeiter herauszuholen. Wählt deshalb am 17. November die einzige proletarische Partei, die Partei des revolutionären Proletariats, die Kommunistische Partei. Organisiert unter ihrer Führung den Kampf für Verbesserung der Arbeitsbedingungen und für den Sozialismus.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. 36 300
Täglich 8 Uhr
Der große Erfolg
Friederike
Morgen Mittwoch d. 23.
ab 8 Uhr
Rotkäppchen
Kleine Preise

Stadtheater Breslau
(Opernhaus)
Spielplan vom 20. bis 27. Oktober 1929
Dienstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie F 4
Der Freischütz
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie G 4
Judith
Donnerstag, 20 Uhr
Melchior Poppius
Freitag, 19.30 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie H 4
Figaros Hochzeit

Quabis-Brot

aus dem Wangenrot

überall erhältlich überall erhältlich

Vergeßt nicht, Genossen! Am 27. Oktober ist erster Großwerbetag

Massen heraus zu den antifaschistischen Kundgebungen!

Waldenburg: Dienstag, den 22. Oktober, 19.30 Uhr im Lokal „Stadtbrauerei“.

Allwässer: Mittwoch, den 23. Oktober, 19.30 Uhr im Lokal „Weißes Hof“.

Nieder-Hermbsdorf: Donnerstag, den 24. Oktober, 19.30 Uhr im Lokal „Friedenshoffnung“.

Kommunistische Partei, Unterbezirk Waldenburg.

Gemeindevertreterversammlung in Liebschau

In der letzten Gemeindevertreterversammlung in Liebschau stand die Entlassung der im Freibad beschäftigten Arbeiter zur Debatte.

lich stellvertretender Landrat des Kreises Waldenburg, seine berufene, arbeiterschädigende Tat von Friedland in echt demagogischer Weise zu vertuschen.

Freiburg

In der Uhrenfabrik wird rationalisiert

A. R. Herr Knobloch markiert den starken Mann, natürlich im Betrieb der Vereinigten Uhrenfabriken.

Aus den Maßnahmen, die jetzt die Firma vornimmt, auch gegen die Meister, müßten doch die Meister lernen, denn abgebaut werden auch sie.

Arbeiter, seht euch energisch zur Wehr! Organisiert unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition den Kampf für Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen!

Schadenfeuer. Die große Feldscheune des Gutsbesizers Förscher in Jirlau wurde durch mit Streichhölzern spielende Kinder am Sonntag in Brand gesteckt und völlig eingeeäschert.

Schweidnitz

Am Stadttheater war der „Jarewitsch“ einstudiert. Die Handlung der Operette, ein Kampf zwischen Liebesneigung und Pflicht des Thronfolgeres, würde uns mehr packen, wenn man sie nicht in das kitschig wirkende Jarewitschen eingekleidet hätte.

Siriegau

Seht die Wählerliste ein! Sie liegt bloß noch bis zum 25. Oktober aus. Wer nicht eingetragen ist, muß sofortige Eintragung fordern, da er sonst sein Wahlrecht verliert.

Niederschlesien

Wenn ein Oberbürgermeister etwas verspricht

In der Stadtverordnetenversammlung vom 6. September wurde den Anträgen des Magistrats auf Ausführung von Fürsorgearbeiten für insgesamt 411 000 Mark zugestimmt.

das von nun ab täglich 22 Züge zu zwölf Loren, von denen jede einen Kubikmeter Erde faßt, geschafft werden müßten.

Dazu kommt außerdem noch das Beseitigen des Mutterbodens. Diese Arbeit soll von 49 Arbeitern (von denen noch acht abgehen, da sie nicht mitschichten, Heizer, Maschinisten, Bremser usw.), und zwar in sieben Stunden, geleistet werden.

Wählt Delegierte zum Reichstongreß der Gewerkschaftsopposition, der am 31. Oktober und 1. November ein Programm für die Durchführung der kommenden Kämpfe gegen Unternehmertum und bürgerlich-sozialdemokratische Koalitionsregierung beschließen wird.

Die Gölitzer Stadtverordnetenversammlung in der Vergangenheit

Im Verwaltungsbericht des Magistrats ist folgendes zu lesen: Die Stadtverordnetenversammlung bestand vor und im Kriege aus 60 Mitgliedern, die nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt wurden.

Stadtverordnetenversammlung etwa fünf Jahre. Durch das Gesetz vom 9. April 1923 wurde allgemein die Neuwahl der Gemeindevertretungen angeordnet und die Zahl der Stadtverordneten nach oben begrenzt.

Den Stadtverordneten werden seit 1920 Aufwandsentschädigungen gezahlt. Sie betragen seit dem Jahre 1927 300 Mark jährlich für jeden Stadtverordneten.

Am 17. November gilt es, durch die Wahl von Kommunisten der Stadtverordnetenversammlung ein anderes Gesicht zu geben.

Zwei Bestellungen eingespart

Montag früh brach in der Wirtschaft des Stellenbesizers Fuchs in Sirgwitz Feuer aus, das mit riesiger Geschwindigkeit um sich griff.

Grünberg

Überall Stillelegungen

A. R. Daß der Imperialismus, als letzte und höchste Stufe des Kapitalismus, gleichbedeutend ist mit dem Absterben ganzer Industriezweige, also mit dem Niedergang der kapitalistischen Gesellschaft, das hat uns Marx gelehrt.

Ein sehr sonderbares Verhalten legt die DDBM an den Tag. So ist diese Firma angeblich nicht mehr in der Lage, die Pensionen für die Profithändler herzugeben.

Friedenshütte wohnt heute das Grauen. Die Dofen sind abgebrochen, ungeheure Werte vernichtet oder verschleudert! Uebrig sind nur die Glasmacherfamilien, und zu diesen gesellt sich Hunger, Not und Elend!

Er wollte sich sicher zum Eugenbergs-Begehren einzeichnen. In der Dänemarkfrage wurde ein Geisteskranker festgenommen, der vor einigen Tagen aus der Lübener Geistesanstalt entwichen war.

Aus dem Riesengebirge

Im Brunnen erschlagen. Der Stellmacher und Brunnenbauer Hofmann aus Schönwaldbau war beim Stellenbesizer Mattern in Fallenhain mit dem Reinigen des tiefen Hausbrunnens beschäftigt.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen: Breslau - Stadtteil Ost, Dienstag 20 Uhr im „Westfälisch“ Funktionärshaus der Partei, Jugend, Selbstschutz, Exartafestbund und rote Hilfe. Kommunistischer Jugendverband: Breslau - Sämtliche Ortsleiter der Breslauer Zellen treffen sich heute 10 Uhr auf der Feldstraße 50. Roter Frauen- und Mädchenbund: Breslau - Abteilung Scheitling und Oberdorfer. Alles geht Dienstag 20 Uhr in der „Centralballsaal“ zur Erwerbslosenversammlung. Sonstige Organisationen: Breslau - Arbeiter-Schützen. Dienstag 20 Uhr Übungschießen bei Reimann, Neuen Antonienstraße 2. Anschließend Mitgliederversammlung. Arbeiter-Sportvereins-Gruppe. Mittwoch 20 Uhr im Gewerkschaftshaus beteiligen sich alle Mitglieder an der Sportler-Wahlversammlung.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Das Recht aller auf Qualität. Das Aufgehen eines mächtigen Volkstalles in den verschiedensten Industriebetrieben schärft und erweitert das Verständnis für Ware und Wahrheit.

Das nun schon seit vier Jahrzehnten bestehende Möbelhaus Lorenz Hübner hat seine gesamten Verkaufsräume nach dem neuen Geschäftshaus Kaufstraße 11/12 verlegt.

Schweidnitz

Kurz-, Weiß- u. n. d. Wollwaren Handarbeiten, Manufaktur Modewaren und Herren-Artikel

Georg Frauboes Ring 24 und Breslauer Str. 2

Lose der Preuss. Klassenlotterie und sämtlicher Privat-Lotterien

E. Täuber, Staatliche Lotterie-Einnahme

Kauft Schuhe bei Gross Ring 16

Breslauer Konfektionshaus Ring 11884

F. Sewald empfiehlt sämtl. Molkereiprodukte

Molkerei Wilhelmspl. 7, Ring 8 11452

Autohaus Max Seller Automobile, Motor- u. Fahrräder

Dr. med. Stiefel, Raaf, gebr. Dipl. Tierarzt

S. Galleski Nachf. Spezialhaus für Geschenkartikel, Glas, Porzellan, Spiel- und Lederwaren

Karl Brauner, Langstraße 45 Nähmach., Fahrrad., Reparaturwerkst. 11448

F. Franke's Nachf. Kolonialw., Vogelfutter, Langstr. 11

Mag. Dertel, Blüthenstraße 7 Brot-, Weiß-, und Feinbäcker 11450

Hirschberg

Kaja Kluge Dam., Nähch., Kinder-Hüte u. -Mützen

Lebensmittel aller Art Erich Gessner Staupitzer Str. 14 11008

Pyramiden's Frühstücksstube, Markt 50

Schuhmacherei A. Heyduk Sand 14 89986

Erste Tischlerberger Stadtblöcke

Blumenhaus Grün Poststraße 6 11007

Gustav Hornig, Großdekoration

Kranzbindererei sämtliche Lebensmittel H. Henkel Sand 19 89987

Albert Ludwig, Markt 60

Herren- und Damen-Salon Heinze Lichte Burgstraße 17 89985

Felix Hartwig Greiffenberger Straße Nr. 42

Möbel-LINKE Schmiedeberg, Str. 22

Buchdruckerei S. Hausdorff

Martin Bandmann Verlagsgegenstände

Erich Seibt, Bahnhofstraße 65

MIFA Fahrräder Nähmaschinen

Berliner Partiewarenhaus

Herren- und Knaben-Bekleidung E. Ordians Hellerstraße 17 89982

Max Behrendt, Schilbauer Straße 13

Arbeiter-Bekleidung Wanderausstattung

Karl Sonntag Warmbrunner Str. 16

Volksbekleidung Sand 4 89988

Vogel-Handlung Böhme Tuchlaube 3

Grünauer Milchbäckerei

Strümpfe Königsberger Wäsche

G. Scharf, Warmbrunner Platz

Kaufhaus Pinoff

Gertrud Ilse / Damenhüte

Bade Dich gesund im Hedwigsbad

Carl Niegers Nachf., Am Burgturm

Sodas und preiswert repariert

Johann Niebohn, Warmbrunner Straße

Gustav Pilschel

Ernst Wolf, Mühlgrabenstraße 23

Simon Sachs Leder

Nieder-Salzbrunn Central-Druckerei

Größe und preiswert repariert

Ernst Reichel / Nähmaschinen

Gustav Pilschel

Paul Wolf, Blüthenstraße 23

Simon Sachs Leder

Central-Druckerei

Größe und preiswert repariert

Ernst Reichel / Nähmaschinen

Größe und preiswert repariert

Ernst Reichel / Nähmaschinen

Größe und preiswert repariert

Ernst Reichel / Nähmaschinen

Größe und preiswert repariert

Ernst Reichel / Nähmaschinen

Brot-, Weiß- und Feinbäcker

Karl Hensch, Hochstraße 25

Billigste Bezugsquelle für gute Branntweine

Wollwaren / Herrenartikel

Kampnauer Filialen

Harso, Kipke-Biere

Brot-, Weiß- und Feinbäcker

W. Landsmann, Grabenstraße 1

Städtischer Nachf., Hochstraße 1

Früh Feige, Dampfbackerei

Konfiserie und Café

Freiburg

Rich. Rathmann

Erich Dreier, Landeshuter Straße 18

W. Wolff, Nikolaistraße 5

„Deutsches Haus“

Bernhard Seibel, Salzbrunner Straße 2

Kaufhaus Sante

August Zember, Hauptstraße 24

„Gasthof zum Schwan“

Willy Schme, Hauptstraße 174

W. Nitzsch, Rochter's Nachf.

* Hermsdorf u. K.

Alfred Nille, Agnetendorfer Straße 22

H. Ritter, Warmbrunner Straße 52

Nieder-Hermsdorf

Helmholtz / Kolonialwaren

Schmiedeberg I.R.

Treff

Hermann Sperling, Liebauer Straße 18

Paul Beil, Oberstraße 5

Strehlen

Landeshut

Abolf. Habe, Waldenburger Straße 4

S. Malenka, Wilhelmstraße Nr. 4

Gustav Haade, Wilhelmstraße 13

Kaufhaus Gustav Stiefel Nachf.

Georg Friedl, Markt 19

Paul Schirner, Markt 19

Referiert

Referiert

Uhren, Goldwaren

Bezugsquelle soll ständig sein

Kaufhaus Louis Frankenstein

Henry Tschentscher, Königstr. 4

Wilhelm Weinhold

Referiert 99

Verlangt stets

Petersdorf

A. Velljoh, Dorfstraße

„Gerichtskreishaus“ / Dorfstraße

A. Kappner, Dorfstraße 252

Ernst Bernert / Inflation

H. Bernhart, Dorfstraße 205a

Rothenbach

„Rug zum grünen Kranz“

A. Koehler, Inh. Paul Hennoch

Schuhwarenhaus

Albert Häder, Landeshuter Straße 32

Geinrich Gelbrig

Silbermann Nachf. L. Gottwald

Referiert

Referiert

Referiert

Paul Mehl, Markt 9/10

Eugen Renjer, Kornstraße 6

Erhard Alfred Krebs, Kornstraße 9

H. Rogel, Liebauer Straße 2

Emil Gläser, Schleichstraße 5

G. Gallmann, Marktstraße 13

Carl Thulmann, Marktstraße 38/39

Germann Schubert Nachf., Inh. Karl Wolff

G. Wolter Nachf.

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Referiert

Hausfrauen! Ener Kolonialwaren-Konsum ist Carl Brücke, Ring 41